

Kartellamt kritisiert Treuhand-Deal

Nur in einer „angemessenen Übergangszeit“, die voraussichtlich bis Ende 1993 reichen wird, will das Bundeskartellamt eine Sonderstellung des französischen Ölkonzerns Elf im deutschen Autobahn-Tankstellennetz dulden. Dies geht aus einem Schreiben an die Treuhandanstalt hervor, in dem die Wettbewerbsbehörde scharf die Konditionen kritisiert, die den Franzosen in einem Vertrag von Ende Juli für das künftige Geschäft an den bisherigen Minol-Autobahntankstellen zugesichert wurden. Das Kartellamt sieht es als „eine rechtswidrige Gesetzesumgehung“ an, daß die Treuhand erst einmal alle Autobahnstationen der Minol für 25 Jahre an die Elf verpachten will, bevor sie diese dann ins Eigentum der staatlichen Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen (GfN) überführt. Darüber hinaus hält es das Amt nicht für rechtmäßig, daß der Elf mit Einverständnis von Bundesverkehrsminister Günther Krause zugesichert wurde, sie brauche keine Benzin-Belieferungsrechte für westdeutsche Autobahn-Tankstellen abzugeben, wenn sie sämtliche Minol-Autobahnstationen in Ostdeutschland erhalte. Die Berliner Wettbewerbswächter wollen deshalb von 1994 an „auf die GfN einwirken“, daß diese der Elf nur noch so viele Autobahnstationen überläßt, wie deren Marktanteil am gesamten deutschen Kraftstoffgeschäft entspricht.



Waigel

Waigel wartet auf Richterspruch

Finanzminister Theo Waigel hat aus dem Entwurf eines Gesetzes mit mehreren Steueränderungen eine Entlastung für alle Steuerzahler herausgestrichen. Er zog die geplante Anhebung des steuerfreien Grundfreibetrages von jetzt 5616 Mark auf 6317 Mark im Jahre 1993 und eine für später geplante weitere Aufstockung um rund 1000 Mark zurück. Waigel möchte die unmittelbar bevorstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Angemessenheit des Grundfreibetrages als Schutz vor dem Zugriff des Fiskus auf das Existenzminimum abwarten. Die Veröffentlichung der Entscheidung wird im Fi-

nanzministerium für den Dienstag dieser Woche erwartet. Der Rückzieher des Ministers ist ein Eingeständnis, daß Karlsruhe mit so kargen Anhebungen wie ursprünglich vorgesehen nicht zu beeindrucken ist. Die vorliegenden Finanzgerichtsurteile gehen von einem steuerfreien Existenzminimum von etwa 10 000 Mark pro Jahr aus. Folgt Karlsruhe dieser Vorgabe, muß Waigel Steuerausfälle von jährlich mindestens 30 Milliarden Mark hinnehmen.

Ersatz für die Telebörse?

Die Deutsche Bank wird womöglich künftig mehr Einfluß auf die Börsenberichterstattung im Fernsehen haben – über den neuen Nachrichtensender n-tv. An der Telebörse in Sat 1 ist das Geldhaus zwar bereits mit 18 Prozent beteiligt, aber vier andere Banken und drei Verlage reden bei der Programmgestaltung mit. Weil die Sendung seit der Gründung 1987 fast nur Verlust gebracht hat, schließen die Gesellschafter das Ende der Telebörse nicht aus. Ihre Moderatoren Fried-



Busch

helm Busch und Florian Fischer-Fabian wechseln zum Jahresende zu n-tv, wo sie über Aktuelles rund um die Börse berichten sollen. Aufsichtsratsvorsitzender von n-tv ist Gerd Schmidt-Morkramer, Chef der Deutsche-Bank-Tochter Grunelius.

Bock kauft Kempinski-Hotels

Die Lufthansa hat einen Käufer für ihre Beteiligung an den Kempinski-Hotels gefunden. Ursprünglich sollte die Hotelgruppe mit der französischen Hotelkette Méridien zusammengelegt werden. Doch dagegen wehrte sich das Kempinski-Management. Nun will die finanziell bedrängte Staatsgesellschaft ihre Anteile von 42,6 Prozent bis auf einen Rest von 10 Prozent an die Investorengruppe Advanta des Frankfurter Geschäftsmanns Hans Dieter Bock verkaufen. Bock ist bei Kempinski kein Unbekannter. Er war am Bau des Kempinski-Hotels in Budapest beteiligt und will in Dresden für Kempinski das

Taschenberg-Palais wieder aufbauen. Die Kempinski-Manager dürften daher keine Einwände gegen den neuen Hauptgesellschafter haben.

WestLB baut Touristik-Holding

WestLB-Chef Friedel Neuber will seinen 34-Prozent-Anteil an der Fluggesellschaft LTU mit der britischen Reisebüro-Kette Thomas Cook und einer Beteiligung an dem hannoverschen Reiseveranstalter TUI in einer Holding-Gesellschaft zusammenfassen. Nach der bisherigen Darstellung wollte die WestLB nur 10 Prozent an der Cook-Gruppe übernehmen, die restlichen 90 Prozent sollte die LTU erwerben. Nun jedoch wird die WestLB mit bis zu 85 Prozent bei Cook einsteigen, die LTU soll nur noch Minderheitsgesellschafter sein. An der TUI hingegen wird sich die WestLB-Touristik-Holding nur indirekt beteiligen. Neuber will bei der Poolgesellschaft Walter Kahn einsteigen, die insgesamt 30,2 Prozent an der TUI hält. Einige der insgesamt 17 Poolgesellschafter wollen ihre TUI-Anteile verkaufen, andere brauchen Geld für eine bevorstehende Kapitalerhöhung bei der TUI. Mit der Beteiligung an der Poolgesellschaft, eventuell sogar im Bunde mit zusätzlichen Partnern, könnte Neubers Holding in die TUI hineinregieren, ohne einen Einspruch des Kartellamtes befürchten zu müssen.



Hotel Kempinski in Berlin